

CARITAS

Seit Jahrzehnten boomt in Mitteleuropa und besonders in Österreich ein neuer Wirtschaftszweig, für den sich Bezeichnungen wie „Armutsgewerbe“, „Flüchtlingsindustrie“, „Asylantensyndikat“ oder gar „sozial-industrielles Wirtschaftskombinat“[1] einbürgerten. Teile der Wirtschaft profitieren von dieser Entwicklung ebenso wie Abertausende „Zuarbeiter“ aus verschiedensten Berufen. Diese miteinander oft gut vernetzten Gruppen verstecken ihre materiellen Interessen gerne hinter hochtönenden humanitären Phrasen. Sie brauchen die importierte Not, damit der Strom an Spenden und Subventionen nicht versiegt. Neben offen kommerziell betriebenen Firmen, die Asylwerber transportieren und logieren, sind vor allem die Kirchen und Wohlfahrtsverbände fest im Ausländergeschäft engagiert. Manche streifen dabei leider auch am Kriminal an. Die Bilanzen der Institutionen, über die sich das öffentliche Füllhorn so reichlich ergießt, sind dem freiwilligen und unfreiwilligen Spender in der Regel nicht zugänglich. Tausende gutgläubige ehrenamtliche Helfer ahnen oft nicht, wem sie Zeit und Engagement opfern. Auch in der Sozialbürokratie scheint das Parkinsonsche Gesetz zu herrschen: Sie schafft sich selbst Probleme, aus deren Bewältigung sie ihre Daseinsberechtigung ableitet. Die folgende Analyse wirft – beispielhaft – einen Röntgenblick auf und in die Caritas.

2013 freute sich der Caritas-Konzern über Einnahmen von 687 Millionen Euro. 385 Millionen davon waren „Entgelte für Dienstleistungen“ aus öffentlichen Mitteln. Weitere 75 Millionen fasst der Geschäftsbericht unter dem – bewusst? – nicht aufgegliederten Sammelposten „Subventionen und Zuschüsse der öffentlichen Hand und kirchliche Beiträge“ zusammen. 83 Millionen fließen der Caritas aus Spenden (inkl. Sponsoring und Erbschaften) und Kirchenbeiträgen zu. Die Frage, wer die Caritas finanziert, kann man also getrost beantworten mit: Überwiegend der Steuerzahler. Die Kirche jedenfalls trägt kaum zwei mickrige Prozent zur Finanzierung der Caritas bei, wobei ein Großteil davon auch wieder aus den Börseln der Arbeitnehmer stammt – nämlich der zwangskirchenbeitragszahlenden!

Neben 13.500 Angestellten arbeiten für die Caritas noch 40.000 Ehrenamtliche, die oft schon in jungen Jahren angeworben werden, z. B. von der „Jungen Caritas“, wo Jugendliche früh u. a. zu „Anti-Rassismus-TrainerInnen“ ausgebildet werden. 247 Budgetmillionen fließen in den Pflegebereich, dem 46 Senioren- und Pflegehäuser sowie Hospize und dgl. eingegliedert sind. 146 Millionen gehen in die Behindertenhilfe. Eher weniger ins Gewicht fallen Kindergärten und Mutter-Kind-Heime. Für Asyl, Migration, Integration und Auslandshilfe stellt die Caritas aber stattliche 116 Millionen Euro bereit.

Je vier Asylanten sichern einen Caritas-Job

Die Flüchtlingsbetreuung verursacht wachsende Kosten. Lässt man den mobilen Bereich beiseite, kommen auf 3.100 Asylanten 770 Caritas-Mitarbeiter. Demnach sichern also je vier Asylanten einen Caritas-Job. Kein Wunder, dass sich das kritische Internet-Medium „Unzensuriert“ bei Auswertung parlamentarischer FPÖ-Anfragen einem „Förderungsdschungel“ sowie einer „ganz speziellen Gemengelage aus vordergründig humanitärem Engagement und einem dahinter steckenden Geschäftssinn im Verbändekatholizismus“ auf der Spur sieht. Vom Bundeskanzleramt abwärts zögen einzelne, bei alltäglichen Bürgerbedürfnissen sonst äußerst zugeknöpfte Ressorts die elegantesten Spendierhosen an, sobald das Stichwort Integration in einem Subventionsantrag aufscheint. Einer der Hauptprofiteure sei die Caritas. Sie greife „wie kein zweiter Verein in die diversen Fördertöpfe“ und lasse sich

„ihr Engagement durch den Steuerzahler teuer entlohnen“. Als Big Spender expressis verbis angeführt: Das ÖVP-geführte Innenministerium und das SPÖ-geführte Unterrichtsministerium. Die Caritas bringe es in Sachen Integration zu einer wahren Meisterschaft der Förderung, nicht zuletzt dank einer – nur einer länderübergreifenden Großorganisation möglichen – Raffinesse: Um nicht als Einzelsubventionsantragsteller mit hohen Gesamtsummen aufzufallen, teilt man Ansuchen auf Bundesländerzweigvereine, etwa Caritas Wien, Caritas Eisenstadt, Caritas Graz-Seckau sowie Caritas Linz auf. In Wien trügen Projekte klingende Bezeichnungen wie „Projekt Brunnenpassage – integratives Kulturprogramm unter dem Motto Kunst für alle“, „Spracherwerbsmaßnahmen für Asylberechtigte“, „Integrationsprojekt für Asylberechtigte und subsidiär Schutzberechtigte“ oder „peppa – Interkulturelles Mädchenzentrum“. Die Caritas Eisenstadt habe die Subventionstöpfe für ein „Netzwerk Integrationscoaching“ angezapft. Die Caritas Graz-Seckau wiederum kassierte Hunderttausende unter dem Titel „Integration“, die u. a. „Spracherwerbsmaßnahmen“, „Mobile Integrationsbetreuung“, ein „Lerncafé“ und „MultiplikatorInnen Schulung“ umfasst. Die Caritas Linz taufte ihre Projekte „Streetwork“, „RIKO“ und „Integrationszentrum Paraplü“. Da das Geschäftsmodell „Integration“ wesentlich vom Nachschub der zu Integrierenden abhängt, reichte die Caritas Österreich ein besonderes Förderungsprojekt namens „Migrationsmanagement“, für das das Innenministerium 37.000 Euro locker machte.

Der Salzburger Polizeijurist und Buchautor Hofrat Hermann Winkler beschreibt in seiner lesenswerten Dokumentation „Asylconnection – es ist fünf nach zwölf“^[2] bildhaft, wie sich so etwas in der Praxis abspielen kann. Originalzitat aus einem (anonymisierten) Vernehmungsprotokoll: „Ich habe nicht gewusst, was Asyl ist. Erst Anna Maria von der Caritas, die mich im Polizeigefängnis besuchte, hat mir gesagt, dass ich um Asyl ansuchen soll. Sie erklärte mir, mit welchen Gründen jemand einen Asylantrag stellen darf. Das sind politische oder religiöse Gründe. Wenn man diese Gründe sagt, bekommt man eine Unterkunft.“

Vergleichsweise bescheidenes Kirchenbudget

Deutlich geringer als jenes der Caritas ist übrigens das Gesamtbudget der katholischen Kirche Österreichs (also aller neun Diözesen zusammen): Die 546 Millionen Euro (2013) setzen sich aus 427 Millionen an Kirchenbeiträgen, 45 Millionen an NS-Entschädigungszahlungen aus Steuergeldern und 74 Millionen an „sonstigen Einnahmen“ zusammen. Allen Austrittswellen zum Trotz steigen die Kirchensteuereinnahmen stetig. Mit den unter <http://kirchenfinanzierung.katholisch.at> offen gelegten Informationen lässt sich die Kirche allerdings nicht wirklich in die Karten schauen. Im Gegensatz etwa zu Unternehmensbilanzen werden Vermögenswerte wie Grund und Boden, Immobilien usw. nicht ausgewiesen. Dabei ist die Kirche drittgrößter Grundbesitzer Österreichs. Schwer bis unmöglich zu bewerten sei das Kunst- und Immobilienvermögen der Kirche, sagt diese: Wieviel seien Kirchen, Klöster, Pfarrhöfe, Krankenhäuser, Altenheime, Kindergärten und Schulen wert? Wieviel der Stephansdom? Noch dazu seien jede Diözese, jedes Stift, sogar jede Pfarre, jeweils selbstständige Rechts- und Wirtschaftseinheiten – auch im Steuerrecht. In vermögensrechtlichem Sinn gebe es „die Kirche“ also nicht, sondern bloß – allein in Österreich – einige tausend eigenständige kirchliche Rechtsträger. Nicht im Kirchenhaushalt scheinen Bischofsvermögen bzw. Einnahmen aus Mensalgütern^[3], die zur „Absicherung“ von Bischöfen dienen, auf. Ebenso undurchsichtig bleibt die Ertragslage der Stifte und Klöster.

Milliardenkonzern in Deutschland

Der Deutsche Caritasverband und das (evangelische) Diakonische Werk stiegen in den vergangenen Jahrzehnten zum weltweit größten privaten Arbeitgeberverbund auf. Carsten Ferk listet in seinem kritischen Werk „Caritas und Diakonie in Deutschland“^[4] auf, dass in Deutschland im kirchlichen Sozialbereich bereits 2012 knapp 1,5 Millionen Personen arbeiteten, die einen Jahresumsatz von rund 45 Milliarden Euro erzielten.

24 Prozent Zinsen für Caritas-Mikrokredite

Die Caritas unterstützt weltweit so genannte Mikrofinanzsysteme. Unter einem zuletzt im Internet nicht mehr zugänglichen, aber von „Genius“ noch im Mai 2015 dokumentarisch gesicherten Link lobt die Schweizer Caritas das von ihr geförderte Mikrokredit-System für aufstrebende Arme in Entwicklungsländern, beispielsweise in Argentinien, der Heimat des armutsbekämpfenden Papstes (vgl. Genius 2/2014 „Der Papst und die Jesuiten – Der größte Coup der 'Schlaunen Jungs'“). „Oft wird gesagt, Mikrokreditinstitute praktizierten Wucherzinsen“, räumt die hauseigene Caritas-Publikation allerdings ein, und präzisiert: „Tatsächlich sind die Zinsen für Kleinstkredite hoch. Gewöhnlich liegen sie bei zwei Prozent pro Monat. Das ergibt einen Jahreszins von 24 Prozent.“ Mikrobanken müssten jedoch so hohe Zinsen verlangen, sagt die Caritas, da sonst die Kosten nicht gedeckt würden. Denn: „Nebst dem hohen Aufwand für die Verwaltung fallen auch Risikokosten an.“ Insider beziffern generell den Anteil des schlussendlich bei den Bedürftigen landenden Spendenaufkommens mit nicht einmal 20 Prozent, den Rest verschlinge der Verwaltungsapparat!

Dutzende Landau-Konterfeis

Mit dem Caritas-Präsidenten DDr. Michael Landau assoziiert Dr. Andreas Unterberger, Betreiber von Österreichs meistgelesenem Internet-Blog www.andreas-unterberger.at, Folgendes: „Obendrauf gibt es jede Menge Ehrungen, Preise und Auftritte in Funk und Fernsehen. Das ist doch viel lustiger als langweilige Maschinenteile zu entwerfen oder Stromleitungen zu verlegen.“ Tatsächlich listet Wikipedia unter den bisherigen Ehrungen für Landau auf: das Große Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich, die Investitur in den Ritterorden vom Heiligen Grab zu Jerusalem, das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien sowie eine Cartellverbands-Ehrenmitgliedschaft in der Katholischen Hochschulverbindung Alpenland. Diese Männervereinigung baut übrigens ihre Werte auf den Prinzipien des Glaubens, der Wissenschaft und der Lebensfreundschaft, aber auch auf dem Prinzip der Heimat (!) auf. Erfreut sich der Caritas-Chef bundesweit eines schon fast unheimlich anmutenden medialen Wohlwollens, scheint seit Jahren eine Zeitung ganz besonders vernarrt in ihn zu sein: die „Krone“. Allein im ersten Quartal 2015 durften sich die Leser des Boulevardblattes neun Mal an Portraits des offenbar besonders fotogenen Spenden-Eintreibers delektieren. In den letzten drei Jahren brachte es die Zeitung auf mehrere Dutzend Landau-Konterfeis, bisweilen lacht er gleich zwei Mal aus derselben Ausgabe. Mal solo, mal staatstragend mit Bundespräsident Fischer, mal fromm mit Kardinal Schönborn, mal seitenblickend mit Barbara Stöckl, mal herzerreißend mit einem kulleräugigen afrikanischen Kind, mal medial-bedeutsam mit Krone-Chefredakteur Christoph Dichand. Ganz schön anstrengend für den 55-Jährigen, der ja nicht nur Medientermine wahrzunehmen hat, sondern sich auch laufend auf Fernreisen (zuletzt im Februar in den Irak), ein Bild vom Elend in der Welt machen muss.

In der Politik scheint Landau (noch) nicht so tief verankert zu sein wie sein Vorgänger Franz Küberl, der bis 2013 Präsident der Caritas Österreich war, schon 2010 monatlich 3.800 Euro netto, somit um 1.300 Euro mehr als der Papst[5], verdiente, und der aktuell Direktor der Steiermark-Caritas ist. Auch Küberl ist mehrfacher Ordensträger sowie Buchautor („Mein armes Österreich“) und hat als Mitglied des ORF-Stiftungsrates[6] sowie als einer der Stifter im „Katholischen Medien Verein“[7] massiven politischen Einfluss.

Böses Wort „Ankerkinder“

Seit 2011 erreicht die Asylproblematik in Österreich einen neuen Tiefpunkt: Sogar Systemmedien wurden darauf aufmerksam, dass Schleppersyndikate gezielt minderjährige Flüchtlinge dazu benützen, um noch mehr Menschen ins Land zu bringen. Der Fachbegriff lautet „Ankerkinder“. Hunderte von ihnen landen – bei steigender Tendenz – u. a. im Jugendzentrum des Lagers Traiskirchen. Hintergrund der Schlepperbanden-Taktik: Erwachsene warten im Ausland, bis das Asylverfahren für das Kind abgeschlossen ist. Bei diesen geht das sehr rasch. Dann kommen die Eltern im Sinne der Familienzusammenführung nach. Weil Kinder in Österreich praktisch nie abgeschoben werden, halten Schlepperbanden und alle an der Asylindustrie mitverdienenden Institutionen auf diese Weise den Zuzug künstlich hoch. Als Franz Schabhüttl, Chef des Flüchtlingslagers Traiskirchen und Kenner aller Tricks der Schleppersyndikate, auf die Problematik des Aussetzens minderjähriger Flüchtlinge – vor allem Afghanen – vor den Lagertoren aufmerksam machte, kritisierte Landau nicht etwa die niederträchtigen Schleppermethoden, sondern – die Berichterstattung darüber! Der Caritas-Direktor bezeichnete den Begriff „Ankerkinder“ als „schäbig, herzlos und auch inhaltlich falsch“. Dass Eltern und Geschwister nachkommen dürfen, sei

„nicht nur im Hinblick auf das Kinderwohl sinnvoll“, meinte er. Schließlich sei davon auszugehen, dass nicht nur Kinder und Jugendliche verfolgt würden, sondern auch der Rest ihrer Familie.

Direktor und Kardinal befehlen der Regierung

In seiner Diktion gebärdet sich der Caritas-Direktor gern wie ein über der Regierung stehender Oberbefehlshaber, der „Forderungen“ artikuliert und diese mit „muss“ und „darf nicht“ unterstreicht. Das klingt bisweilen so, als müssten Kanzler und Minister bei ihm zum Rapport antreten. So verkündete Landau vor einer Regierungsklausur am 20. März via Presseaussendung: „Beim geplanten Einfrieren von Förderungen darf es auf gar keinen Fall zu Einsparungen kommen. Die Mittel im EZA Bereich (Europäisches Zentrum für Arbeitnehmerfragen, ein Netzwerk von 70 Arbeitnehmerorganisationen aus 27 europäischen Ländern, die sich auf christlich-soziale Werte berufen, Anm.) müssen angehoben werden.“ Landau weiter: „Wir brauchen jetzt dringend Strukturreformen in den Bereichen Bildung, Pflege und zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit. Ein funktionierendes Bildungssystem ist richtungweisend für die Zukunft unseres Landes. Da müssen wir deutlich und kräftig besser werden, das sind wir jedem einzelnen Kind und jedem jungen Menschen schuldig.“ Dem Gesetzgeber will Landau bisweilen sogar konkrete Vorschriften machen: „Im Blick auf die anstehenden sozialen Aufgaben und Herausforderungen der nächsten Jahre müssen jetzt die Weichen für ein modernes Gemeinnützigkeitsrecht gestellt werden.“

Da Kardinal Schönborn 2003 wörtlich erklärte: „Wenn die Caritas spricht, spricht damit auch die Kirche. Wenn der Caritasdirektor Landau etwas sagt, ist das genauso gewichtig, wie wenn ich selbst es sage“, ergibt sich konsequenterweise, dass in Österreich die Kirche sagt, wo es langgehen muss.[8]

Die Nachtigall trapst

Schon im Februar hatte Landau den Kanzler und die Innenministerin in einem offenen Brief aufgefordert, im geplanten neuen Fremdenrechtsänderungsgesetz Passagen zu streichen, die der Caritas (und Amnesty International) nicht passen. Es geht um die geplante Neuregelung der Asyl-Rechtsberatung. Der Entwurf würde es nämlich dem Ministerium ermöglichen, die Flüchtlingsrechtsberatung einer vorgeschalteten juristischen Person anzuvertrauen, die die Zügel aus den Händen „jener Organisationen, die aktuell Rechtsberatung leisten und die Beratung bei steigenden Antragszahlen durch Personalaufstockungen weiterhin sicherstellen können“, nehmen könnte. Da trapst die Nachtigall wohl unüberhörbar. Außerdem sei der im Entwurf vorgesehene Ausschluss bestimmter Asylwerber von der Grundversorgung schon nach der ersten negativen Entscheidung des Asyl-Bundesamtes „kein geeigneter Lösungsansatz, um die Grundversorgung zu entlasten“. Angesichts der scharfen Rügen, mit denen Landau das Innenministerium überzieht, mutet es nicht unpikant an, wenn herauskommt, dass andererseits hochrangige Caritas-Mitarbeiter – konkret Caritas-Wien-Geschäftsführer Werner Binnenstein-Bachstein – für das Innenministerium entgeltlich tätig werden. Konkret bekam der Genannte für das Projekt „Polizei.Macht.Menschen.Rechte“ unter dem Titel „Beratung bezüglich Sichtweise der Zivilgesellschaft“ ein Honorar von 13.734 Euro.

Caritas und Arbeitslose – Öl ins Feuer?

Ja, die Zuwanderung ist schuld an der momentanen Rekordarbeitslosigkeit, der größten, die Österreich je hatte. Das sagte vor kurzem nicht etwa ein FPÖ-Funktionär, sondern Arbeitsmarktservice-Chef Johannes Kopf. Zwar eiert der aus dem Kabinett von ÖVP-Ex-Wirtschaftsminister Martin Bartenstein hervorgegangene Jobvermittler bei der Frage, ob es in Österreich zu viele Migrant*innen gäbe, ein wenig herum und hofft, dass „wir mittelfristig davon profitieren werden“, ringt sich aber letztlich doch zur Aussage durch: „Wir täten uns mit weniger Zuwanderung leichter, weil sie zur Verdrängung auf dem Arbeitsmarkt führt.“ Vor anderthalb Jahren hatte Kopf das „profil“ noch damit getröstet, dass Österreich im ersten Jahr nach der von der EU dekretierten Arbeitsmarkt-Ost-Öffnung noch 25.000 neue Jobsuchende erwartet hatte, tatsächlich gekommen seien aber „nur“ 23.800. Mittlerweile trat das ein, wovor die FPÖ von Anfang an gewarnt hatte: Die Arbeitslosenzahlen explodieren. In einem Nebensatz vermerkte kürzlich die Tiroler Tageszeitung: „Die Arbeitsmigration ist weit höher als damals von Politik und

Arbeitsmarktexperten erwartet. “ Wer es aber noch immer nicht begriffen hat, sondern sogar noch weiteres Öl ins Feuer gießt, ist die Caritas: In einem – natürlich aus Spendengeldern finanzierten – Inserat in der Tiroler Wirtschaftskammerzeitung plädiert der Tiroler Caritas-Direktor Georg Schärmer dafür, dass künftig zusätzlich auch noch die Asylanten zum Heer der Arbeitssuchenden stoßen sollen: „Die Öffnung für Asylwerbende ist unsere konstante Forderung. Es ist unmenschlich und lebensfremd, sie vom österreichischen Arbeitsmarkt auszuschließen.“ Der Caritas-Chef weiß sich darin einig mit der grünen Sozial(!)landesrätin Christine Baur und dem Wirtschaftskammerpräsidenten Jürgen Bodenseer.

Caritas und Kriminalität

Caritas-Institutionen müssen, so peinlich das für die Kirchenorganisation auch sein mag, immer wieder als Kulisse für Ausländerkriminalität herhalten. Ein Beispiel: Das für Asylanten 1999 eröffnete Haus der Caritas Oberösterreich, später auf den Namen „Haus Courage“ getauft, gelangt immer wieder in die Schlagzeilen und in die Kriminalstatistik. Allein in den Jahren 2010, 2011 und 2012 musste die Welser Polizei 43 Mal zum „Haus Courage“ ausrücken. Ursachen waren Familienstreitigkeiten, Lärmerregung, Körperverletzung, Sachbeschädigung, Diebstahl, Eigengefährdung und Fremdgefährdung. Die Zahlen haben sich mittlerweile vermutlich noch verschlimmert, zumal das Innenministerium auf Genius-Anfrage hin eine Aktualisierung zunächst zusagte, sich dann aber in vorsichtiges Schweigen hüllte.

Mit ehrenamtlichen Mitarbeitern betreiben Caritas und Rotes Kreuz das im November 2013 in der Innsbrucker Südbahnstraße eröffnete Projekt „Medicare“, das zu je einem Drittel von Stadt Innsbruck, Land Tirol und TGKK finanziert wird. Es geht um die medizinische Versorgung der damals geschätzten 400 Personen, zu denen nicht nur Obdachlose, psychisch Kranke und Drogenabhängige zählen, sondern – ganz offen zugegeben – auch illegale Flüchtlinge. In Tirol stützte man sich auf vergleichbare Projekte in Wien und Graz, auf deren Erfahrung aufgebaut werden soll. Jedenfalls werde „das Ambiente so gestaltet, dass die dort Hinkommenden sich wohl fühlen können“.

Nicht weit zurück liegt der Fall zweier Caritas-Mitarbeiterinnen, die in Graz (nicht rechtskräftig) zu sechs bzw. vier Jahren Haft verurteilt wurden, weil sie Kokain im Wert von drei Millionen Euro geschmuggelt hatten. Eine der beiden stammt aus Albanien und war in Österreich zunächst als Klavier spielendes „Wunderkind“ großgezogen worden. Im Prozess bekannten sich beide Frauen zwar schuldig, beteuerten aber, nichts von der großen Suchtgiftmenge gewusst zu haben. Für die Geständigen, aber auch generell für die Caritas, gilt die Unschuldsvermutung.

Die Caritas im Abtreibungsgeschäft

Mehr als Kopfschütteln löste – insbesondere in klerikalen Kreisen – das Bekanntwerden eines (der Genius-Redaktion in Kopie vorliegenden) Schreibens aus, in dem sich die Caritas Wien bei der Abtreibungsklinik „pro:woman, Ambulatorium am Fleischmarkt Betriebs-Ges. m. b. H.“ dafür „herzlich“ bedankt, dass diese einer Caritas-Klientin einen Sozialtarif von 100 Euro gewährt habe, dass die „Klientin das Geld bereits von uns [also von der Caritas Wien] erhalten“ habe und den Betrag bar bezahlen werde. Im Klartext heißt das, dass die Wiener Caritas – zumindest in einem Fall – aus Kirchenbeiträgen stammende Mittel in die erwerbsmäßige Vernichtung der allerschwächsten Menschen, nämlich der Ungeborenen, transferierte und möglicherweise noch transferiert. „pro:woman“ wirbt jedenfalls damit, seit 35 Jahren die „erste Adresse für (...) Schwangerschaftsabbruch“ zu sein, wobei „modernste medizinische Betreuung“, „garantierte Anonymität“ und „angenehme Atmosphäre“ als Leistungsmerkmale hervorgehoben werden. Die katholischen Nachrichten www.kreuz-net.at vermuten in einem 2013 ans Netz gegangenen diesbezüglichen Bericht, dass die Caritas „am Wege ist, aus der Hl. Kirche einen geldorientierten, linken Sozialverein zu machen, das Wesen der Hl. Kirche aufzuweichen und die Katholische Kirche von innen her zu zersetzen“. Als „eine der vielen Widerlichkeiten gegenwärtiger Kirchenpolitik“ bezeichnet Blogger Dr. Andreas Unterberger den Umstand, dass – neben dem Wiener Bischofsvikar Schutzki, dem Linzer Bischof Schwarz und dem Wiener Kardinal Schönborn – auch Caritaspräsident Landau ausgerechnet der

Abtreibungsverfechterin Barbara Prammer einen besonders freundlichen Nachruf widmete.[9]

Geschäft mit den Altkleidern

Generell werden gesammelte Altkleider nicht, wie viele Spender meinen, kostenlos an Bedürftige verteilt, sondern auf – z. B. afrikanischen – Märkten regulär zum Verkauf angeboten. Wie der Privatradiosender FM4 aufdeckte, fand die Caritas in der von der Familie Rosendorfsky gegründeten Großsenzersdorfer Firma ÖPULA (Abkürzung für –österreichische Putzlappen–) einen kongenialen Partner. Je nach Beschaffenheit werden die Textilien entweder zu Putzlappen verarbeitet, –entsorgt– oder nach Afrika transportiert. Nur ein geringer Anteil findet den Weg zu tatsächlich Bedürftigen in Österreich. Für die dritte Welt vorgesehene Altkleider bilden indessen die Grundlage für einen schwunghaften Handel. Sie werden für teures Geld an die Bevölkerung verkauft. Afrika importiert pro Jahr Altkleider für knapp eine Milliarde (!) Euro. Neben der Finanzierung der Transportkosten machen Sozialorganisationen damit noch schöne Gewinne. Gleichzeitig konkurrenziert der –karitative Altkleiderhandel– das afrikanische Textilgewerbe. Viele afrikanische Produzenten müssen ihre Kleidermanufakturen deshalb schließen. Allerdings kommt, einer einschlägigen ORF-Analyse zufolge, diesbezüglich bei den österreichischen Sozialorganisationen kein Unrechtsbewusstsein auf. Die Kolping-Präsidentin Christine Leopold bekannte, dass neben den Förderungen des Landes durch diese Gewinne eine zusätzliche Einnahmequelle zu verbuchen sei, welche zweckgebunden in Sozialprojekte fließe.

Letzten Endes darf aber die Rolle der Kirche in diesem Zusammenhang auch nicht vergessen werden. Denn sie erhält erhebliche staatliche Subventionen, trägt aber zum Budget der Caritas nur zwei Prozent bei, wie aktuell Carsten Frerk und Christoph Baumgarten in ihrem Buch –Gottes Werk und unser Beitrag – Kirchenfinanzierung in Österreich–[10] aufzeigen. Die beiden Autoren decken Netzwerke zwischen Kirche, Politik und Wirtschaft auf und überraschen mit Details: Wer noch nicht wusste, dass das Bundeskanzleramt ein Patronat des kaiserlichen Hauses Österreich weiter bedient, dem wird auch nicht bekannt sein, dass die Auslandsschule der Republik Österreich in Istanbul in der Hand missionierender Ordensgemeinschaften ist, und dass es sich bei der –gelebten Nächstenliebe– um eine Caritas-Legende handelt.

Seltsamer Schwund bei Spendenzweckwidmung

Dem –Genius– liegt eine verlässliche Information aus Tirol vor, der zufolge eine edle Spenderin einer ihr bekannten bedürftigen Person gegenüber anonym bleiben wollte und daher die Caritas um Übermittlung von 500 Euro in bar ersuchte, was die Caritas zusagte. Später traf die Wohltäterin zufällig die vermeintlich Bedachte, die freudestrahlend berichtete, dass sie von der Caritas 200 Euro bekommen habe. Als die verdutzte Spenderin bei der Caritas rückfragte, um sich über den seltsamen Schwund bei der Spendenzweckwidmung aufklären zu lassen, wurde sie mit der schnoddrigen Auskunft: –Wir brauchen über Spenden niemandem Rechenschaft zu geben– abgewimmelt.

Lesen Sie demnächst im zweiten Teil: Die Caritas und seltsame Vernetzungen in der Flüchtlingsindustrie

Anmerkungen

[1] Als Kombinate wurden ursprünglich in kommunistischen Staaten Zusammenschlüsse von produktionsmäßig eng zusammenarbeitenden Industrieunternehmen zu Großbetrieben bezeichnet.

[2] ISBN 3-200-00232-8, erschienen im Eigenverlag, Anschrift: Hermann Winkler, Postfach 17, A-5110 Oberndorf.

[3] Im Kirchenrecht werden Mensalgüter (lat. Bona mensae oder de mensa, „Tafelgüter“), jene kirchlichen Güter genannt, deren Einkünfte dem Unterhalt der Erzbischöfe und Bischöfe dienen.

[4] ISBN 3-86569-000-9, 370 Seiten, kartoniert, Alibri-Verlag.

[5] <http://www.andreas-unterberger.at/2013/11/das-geschaeft-mit-der-moral/> bzw. <http://diepresse.com/home/panorama/religion/1346155/Papst-bekommt-nach-Rucktritt-2500-Euro-Pension-> Die Gage von Küberls Nachfolger Landau wird nicht viel niedriger sein, wobei sich Letzterer medial als „Leihgabe der Erzdiözese Wien“ darstellen lässt, der dieses Gehalt als „angestellter Priester“ beziehe und für die Caritas „völlig ehrenamtlich“ tätig sei. Allfällige „Nebenkosten“ für Chauffeure, Dienstwagen und andere Sachbezüge scheinen offiziell nirgendwo auf.

[6] Der 35-köpfige ORF-Stiftungsrat dient der Kontrolle und Leitung der Rundfunkgesellschaft. 24 Räte werden von Bundesregierung, Landesregierungen und Parlamentsparteien ausgewählt, 6 vom Publikumsrat (der seinerseits aus 17 vom Bundeskanzler bestellten Mitgliedern besteht). Weitere Stiftungsräte stellen Parteiakademien und Sozialpartner. Stiftungsrats-Vorsitzender ist Casinos-Austria-Vorstand und SPÖ-Parteimitglied Dietmar Hoscher.

[7] Diesem Verein, Österreichs zweitgrößtem Medienkonzern, sind u. a. die „Kleine Zeitung“ Graz und Klagenfurt, „Die Presse“, der „Börse-Express“, die „Styria Media Group“, das freizügige (z. B. den „Life Ball“ thematisierende) Männermagazin „Wiener“, und das ebenfalls nicht prüde Magazin „Miss“ („7 Dinge, die beim Sex eklig sind“) zuzuordnen.

[8] <http://www.andreas-unterberger.at/2014/02/die-caritas-und-die-false-flag-operations-der-heimischen-kirche/?s=landau#sthash.xaiDkFaF.dpuf>.